



Sprachliche Bildung neu denken

Impulse und offene Fragen: Rückblick auf die nationale Impulstagung «Fokus Migrationssprachen – Le rôle des hautes écoles svizzere» an der Pädagogischen Hochschule Bern, 10. Januar 2026.

Von Irène Zingg

Rund 160 Personen sind am 10. Januar 2026 der Einladung an die Pädagogische Hochschule Bern gefolgt: Lehrpersonen des Herkunftssprachenunterrichts aus der ganzen Schweiz, Forschende, Bildungsadministrierende sowie bildungspolitische Akteur*innen. Die Stimmung im Saal hätte kaum besser sein können: fröhlich und offen für ein Thema, das bildungspolitisch alles andere als unkompliziert ist. Viele der Anwesenden kannten sich aus Projekten, aus dem langen Atem, den es braucht, wenn man sich seit Jahren für etwas einsetzt, das in der bildungspolitischen Agenda selten ganz oben steht.

Wer in den Saal schaute, sah eine Vielfalt, die eher an eine urbane Schulklasse erinnerte als an eine Hochschulveranstaltung. Schon der Titel war programmatisch: «Fokus Migrationssprachen – Le rôle des hautes écoles svizzere», bewusst in mehr als einer Sprache, ein kleines Manifest in der Einladung selbst. Dank der Kommunikationsbereitschaft und auch der KI-gestützten Übersetzung in über 20 Sprachen war die Verständigung zu keinem Zeitpunkt ein Problem. Die Tagung war Teil des dreiteiligen Projekts «Lernen in Migrationssprachen», mitfinanziert vom Bundesamt für Kultur (BAK). Vergleichbare Denk- und Fachaustausch-Veranstaltungen

hatte es zuletzt 2004 und 2014 gegeben. Mehr als zehn Jahre später war eine neue überfällig.

Legitimierungsdruck der Migrationssprachen

Erzählt man hierzulande, das eigene Kind wachse zweisprachig mit Landessprachen oder Englisch auf, erntet man in der Regel Bewunderung. Sagt man, es spreche zu Hause Arabisch, Paschtu oder Tamilisch, klingt die Reaktion schon anders. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck einer gesellschaftlichen Hierarchisierung der Macht von Sprachen. Migrationssprachen stehen unter

«[...]
sprachliche
Vielfalt
ist längst
Realität in den
Schulzimmern,
und die Frage
ist nicht ob,
sondern
wie das
Bildungssystem
damit umgeht.»

einem permanenten Legitimierungsdruck; sie müssen sich rechtfertigen, ihren Nutzen beweisen, ihren Platz erkämpfen.

Rund 38 Prozent der Schüler*innen der Schweiz wachsen heute zu Hause mit mehr als einer Sprache auf, von denen mindestens eine nicht der Unterrichtssprache entspricht (BFS, 2026). Diese sprachliche Vielfalt ist längst Realität in den Schulzimmern, und die Frage ist nicht ob, sondern wie das Bildungssystem damit umgeht.

PHs als Orte des Ringens um legitimes Wissen

Im Zentrum der Tagung stand die Frage nach der Rolle der Pädagogischen Hochschulen. Als Dozentin und Forscherin an der PHBern stellte ich Ergebnisse einer Online-Umfrage vor, die im Rahmen des Projekts an sämtliche PHs der vier Sprachregionen der Schweiz versandt worden war. Das Ergebnis war eindeutig: Es gibt viele Initiativen engagierter Einzelpersonen, aber kein gemeinsames Curriculum. Keine einzige Schweizer PH erhebt die sprachlichen Ressourcen ihres Lehrkörpers systematisch.

Der Bildungsbericht 2026 bestätigt das Bild: Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist der Lehrkörper an PHs grösstenteils monolingual, privilegiert und weiss, während die Schulen, für die PHs ausbilden, längst von migrationsgesellschaftlicher Mehrsprachigkeit geprägt sind. PHs können als Orte des Ringens um das legitime Wissen und um hegemoniale Wissensordnungen gelesen werden. Sie orientieren sich stärker als Universitäten an den Erwartungen der Kantone; an ihnen wird ausgehandelt, was als pädagogisch relevant gilt. Kritische Perspektiven wie mehrsprachige Biografien oder strukturkritische Ansätze werden noch (zu) wenig berücksichtigt.

Ein Gedicht auf Albanisch, ein Lied in vielen Sprachen

Zu den eindrücklichen Momenten der Tagung zählte das künstlerische Intermezzo. Eine albanischsprachige Studentin der PHBern eröffnete die Sequenz mit einem Gedicht in ihrer Erstsprache und übergab damit die Bühne an Zoë Më, ESC-Finalistin und Sängerin. In feinfühler musikalischer Poesie zelebrierte sie die Sprachwechsel und zog den Saal mit Klang, Rhythmus und gelebter Mehrsprachigkeit in den Bann. Mehrsprachigkeit war nicht Defizit, sondern Ressource, ästhetisch, emotional und selbstverständlich.

Ein Förderinstrument und seine Grenzen

Die Tagung machte eine strukturelle Frage sichtbar, die in der Bildungspolitik selten direkt ausgesprochen wird: Die Fördergelder des BAK nach Art. 11 Sprachengesetz sind die einzigen finanziellen Mittel, die die Schweiz derzeit explizit für Migrationssprachen bereitstellt. Zwischen 2011 und 2024 wurden damit 74 Projekte unterstützt, mit beachtlicher thematischer und methodischer Vielfalt, wie die Evaluation zeigt (Gonçalves & Zingg, 2026).

Die Evaluation zeigt aber auch eine strukturelle Zersplitterung, insbesondere in Bezug auf langfristige Koordination und institutionelle Verankerung. Wo nationale Sprachenpolitik vor allem auf die vier Landessprachen fokussiert, gerät die Situation von Kindern ohne Landessprache als Erstsprache fast zwangsläufig an den Rand. Bestimmte Sprachen werden als wertvoll markiert, andere als weniger wertvoll, und mit den Sprachen ihre Sprecher*innen.

Au-delà des discours

Die Tagung endete mit einer table ronde, in der Claire de Goumoëns, Markus Truniger und Tanja Huchler über Zukunftsperspektiven diskutierten. Wir ziehen eine sehr positive Bilanz, nicht weil alle Fragen beantwortet wären, sondern weil ein Raum entstanden war, in dem die Komplexität verhandelt werden konnte: Fragen nach Strukturen und Zuständigkeiten, nach Visionen, nach dem, was PHs, Kantone, EDK und Bund je tun könnten, aber bis heute (noch) nicht tun.

Gesellschaften verändern sich. Ungleichheitsverhältnisse allerdings mit bemerkenswerter Beharrlichkeit nicht. Sprachen sind nicht bloss Kommunikationsmittel; über sie werden Menschen kategorisiert, eingeordnet, bewertet. Dass 160 Menschen an einem Samstag im Januar in Bern engagiert über Mehrsprachigkeiten nachgedacht haben, ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt in Richtung tatsächlicher Transformation. Was als nächstes folgt, liegt an uns, und nicht zuletzt an denjenigen, die bildungspolitische Entscheide fällen. ■

Irène Zingg ist Dozentin und Forscherin an der Pädagogischen Hochschule Bern und war Mitorganisatorin der Impulstagung.

Weitere Hinweise sind auf der Projektwebseite zugänglich:



Sowie auf der Tagungswebseite:



Bild: PHBern